

An die Straßenverkehrsbehörde

Verwaltungsgemeinschaft Roßhaupten
Hauptstr. 10
87672 Roßhaupten

**Antrag auf Erteilung
einer Erlaubnis für die Durchführung
einer Veranstaltung auf öffentlichem Verkehrsgrund
nach § 29 Abs. 2 Straßenverkehrs-Ordnung (StVO)**

I. Antrag

Zur Durchführung von einer erlaubnispflichtigen Veranstaltung auf öffentlichem Verkehrsgrund beantragen wir die Erlaubnis gemäß § 29 Abs. 2 StVO.

1. Persönliche Daten zum Antragsteller

Veranstalter (Verantwortlicher): _____
Name, Vorname: _____
Anschrift (Straße, Ort): _____
Telefon: _____ Telefon mobil: _____
E-Mail: _____

2. Art der Veranstaltung

Art und Anlaß
der Veranstaltung: _____
Ort (Gemeinde): _____
Tag: _____
Zeitraum (Uhrzeit von/bis): _____
Start und Ziel (Ort): _____
Zahl der voraussichtlichen Teil-
nehmer: _____
Fahrzeuge: _____
Personen: _____
Festwagen: _____
Musikkapellen: _____
Pferde: _____
Streckenverlauf (Streckenbe-
zeichnung) Flächen, auf der der
öffentliche Verkehrsgrund in An-
spruch genommen wird/Lage-
plan mit Streckenplan beifügen: _____

3. Personenbeförderung

Werden Personen auf Ladeflächen von Kraftfahrzeugen und Anhängern befördert?

Nein Ja, es wird eine Ausnahmegenehmigung nach § 21 StVO beantragt.

Der Antragsteller erklärt gegenüber der Verwaltungsgemeinschaft Roßhaupten sowie der Gemeinde, in der die Veranstaltung stattfindet, dass auf sämtliche Schadensersatzansprüche, die evtl. auf Grund dieser Ausnahmegenehmigung entstehen, gegenüber dem Bund, Land Bayern, dem Landratsamt Ostallgäu und der Gemeinde verzichtet wird.

Er übernimmt die gesamte Haftung dieser Veranstaltung.

Die eingesetzten Kraftfahrzeuge und Anhänger, auf deren Ladeflächen Personen befördert werden, sind mit fest eingebauten Sitzen und rundum mit Schutzgeländer versehen. Die Kfz-Haftpflichtversicherungen der eingesetzten Kraftfahrzeuge wurden wegen der Risikoerhöhung verständigt.

Beim Versicherer wurde beantragt, das zusätzliche Kfz-Risiko der Beförderung von Personen auf Ladeflächen gemäß der vom Landratsamt Ostallgäu erteilten Ausnahmegenehmigung gem. § 21 Abs. 2 StVO in die Veranstalter-Haftpflichtversicherung einzubeziehen.

4. Anlagen:

- 1 Streckenplan oder Lageplan
- 1 Nachweis Veranstalterhaftpflichtversicherung

Datum, Ort

Unterschrift

II. Erklärung des Veranstalters über seine Bereitschaft zum Abschluss der erforderlichen Haftpflichtversicherung

Der

erklärt hiermit, dass er für die o. g. Veranstaltung eine Veranstalterhaftpflichtversicherung abgeschlossen hat bzw. noch abschließen wird. Ein entsprechender Nachweis liegt dem Antrag bei bzw. wird spätestens eine Woche vor Veranstaltungsbeginn nachgereicht.

Erklärung

Die Hinweise auf beiliegendem Merkblatt habe ich / wir gelesen und verstanden.
Ich / Wir versichern, dass die gemachten Angaben wahr und vollständig sind.

Datum, Ort

Unterschrift

III. Erklärung des Veranstalters über die Freistellung allen Ersatzansprüchen

Hinsichtlich der von mir beantragten Veranstaltung erkläre ich Folgendes:

1. Mir ist bekannt, dass die Veranstaltung eine Sondernutzung im Sinne des § 8 Bundesfernstraßengesetzes (FStrG) bzw. Art. 18 Bayer. Straßen- und Wegegesetz (BayStrWG) darstellt und ich als Erlaubnisnehmer alle Kosten zu ersetzen habe, die dem Träger der Straßenbaulast durch die Sondernutzung entstehen.
2. Mir ist bekannt, dass der Träger der Straßenbaulast und die Straßenverkehrsbehörde keinerlei Gewähr dafür übernehmen, dass die Straßen samt Zubehör durch die Sondernutzung uneingeschränkt benutzt werden können. Dem Träger der Straßenbaulast trifft im Rahmen der Sondernutzung keinerlei Haftung wegen Verletzung der Verkehrssicherungspflicht.
3. Soweit die zuständigen Behörden aus Anlass der Veranstaltung Aufwendungen für besondere Maßnahmen verlangen können, verpflichte ich mich diese zu erstatten.
4. Über den nach der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zu § 29 Abs. Straßenverkehrs-Ordnung (StVO) für Veranstaltungen vorgeschriebenen Umfang von Haftpflichtversicherungen sowie ggf. notwendigen Unfallversicherungsschutz bin ich informiert. Mir ist bekannt, dass es sich bei den in der vorgenannten Verwaltungsvorschrift aufgeführten Versicherungssummen lediglich um Mindestversicherungssummen handelt. Eine Bestätigung zu dem von der Erlaubnisbehörde verlangten Versicherungsschutz stelle ich zur Verfügung bzw. habe ich bereits zur Verfügung gestellt. Mir ist bekannt, dass ohne eine solche Bestätigung die Erlaubnis nicht erteilt werden kann.

Datum, Ort

Unterschrift